



Der Luzerner Regierungsrat in neuer Zusammensetzung an seiner ersten ordentlichen Sitzung vom 4. Juli. Rechts SP-Regierungsrätin Ylfete Fanaj. Mit ihr ist nach langer Pause die Linke erstmals wieder in der Regierung vertreten. Parteikollegin Yvonne Schärli trat 2015 nach 12 Jahren in der Regierung zurück. Auf dem Foto v.l. Armin Hartmann (SVP), Reto Wyss (Mitte), Staatsschreiber Vincenz Blaser, Regierungspräsident Fabian Peter (FDP), Protokollführer Gabriel Eller, Michaela Tschuor (Mitte) und Ylfete Fanaj. Bild: Yannick Rössli

Regierungsbeteiligung: Wie viel bringt sie der Luzerner SP wirklich?

Nach acht Jahren sind die Luzerner Sozialdemokraten wieder zurück in der Regierung. Wird sich das für die Linke auch ganz praktisch auszahlen? Fachleute und Direktbeteiligte äussern sich unterschiedlich zu dieser Frage.

Carlo Schuler

Anfang Juli hat die Luzerner Regierung in ihrer neuen Zusammensetzung ihre Arbeit aufgenommen. Nach acht Jahren Unterbruch ist auch die SP wieder mit an Bord. Die neue Luzerner Regierungsrätin Ylfete Fanaj wird die einzige Linke im ansonsten rein bürgerlichen Luzerner Regierungsrat sein.

Stellt sich die Frage: Bringt es einer Partei, die in einer solchen Minderheitsposition agieren muss, inhaltlich wirklich viel, in die Regierungsarbeit eingebunden zu sein? Oder brächte es im vorliegenden Falle der Luzerner Linken vielleicht gar mehr, wenn sie weiterhin gar nicht in der Regierung wäre, dafür aber im Parlament umso aktiver und ungebundener agieren könnte? Wird der «Mitbeteiligungseffekt» der kleineren Parteien allenfalls überschätzt?

Ein «zweischneidiges Schwert»

Thomas Milic, Politikwissenschaftler am Zentrum für Demokratie in Aarau sagt, dass die Regierungsbeteiligung für kleinere Parteien in der Tat ein «zweischneidiges Schwert» darstelle. Zum einen garantiere eine solche Mitbeteiligung gewisse politische Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere im eigenen Departement. «Überdies sind damit auch gewisse Ressourcen verbunden, welche die Parteien natürlich dankend annehmen.»

Zum anderen sei man als Kleinpartei aber in der Minderheit und müsse unter Umständen politische Entscheide contre cœur mittragen, die man

nicht unterstütze. «Für die grossen Parteien ist es allenfalls gar von Vorteil, wenn eine kleine Partei mit im Regierungsboot ist. Denn man hat ja weiterhin die Mehrheit, kann aber gerade bei unliebsamen politischen Entscheiden darauf verweisen, das auch die kleineren Parteien sie mittragen würden.»

Für die tonangebenden Parteien sei es strategisch gesprochen jeweils besser, wenn man in der Exekutive auch noch das eine oder andere Mitglied aus einer kleineren Partei mit dabei habe. Das schaue dann «konsensorientierter» aus. Wenn wirklich wichtige Entscheidungen anstehen, würden sich diese Mitglieder der kleineren Parteien aber in der Minderheit befinden. Milic verweist als Beispiel auf die Stadt Zürich: «Wenn die SP dort ohnehin die Mehrheit in der Exekutive hat, benötigt sie nicht auch noch einen weiteren Sitz. Im Gegenteil, es sieht besser aus, wenn ein oder zwei Sit-

ze der Opposition angehören.»

Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bern, betont hingegen, dass eine Regierungsbeteiligung inhaltlich mehr verändern könne als Oppositionspolitik. «Letztere dürfte in unserem halbdirekt-demokratischen System vor allem ver hindernd sein, wobei in der Regierung mehr Gestaltungspotenzial vorhanden ist. Eine Minderheit kann sich in der Regierung also sicherlich nicht durchsetzen, sie kann eine Entscheidung aber eher in ihre Richtung mitverändern.»

Das könne dann allerdings wiederum «negative» Auswirkungen auf die Unterstützung durch die eigene Anhängerschaft haben. «Mit anderen Worten: in der Regierungsverantwortung kann weniger Oppositionspolitik betrieben werden, was dann letztlich dazu führen kann, dass eine Partei – wie etwa die Lega im Tessin

oder der MCG in Genf – an Wählerstärke verliert.» Bühlmann bilanziert deshalb: «Alles in allem ein weiteres Element unseres auf längere Sicht phantastisch austarierten Systems.»

Alle relevanten Kräfte sollen eingebunden sein

Für den Parteisekretär der SP Kanton Luzern, Sebastian Dissler, steht ausser Frage, dass es für die SP wichtig ist, in der Regierung mitwirken zu können. Es sei Teil des politischen Systems der Schweiz, dass die relevanten Kräfte in die Regierung eingebunden sind. In der Schweiz würden jeweils auch in der Regierung vertretene Parteien Funktionen der Opposition übernehmen und das Handeln der Regierung kritisch begleiten. «Es ist für die Politik im Kanton Luzern von Bedeutung, wer jeweils in der Regierung Einsitz hat. So spielt es für die politischen Mehrheitsverhältnisse natürlich eine Rolle, ob die

SP oder die wirtschaftsliberale GLP in der Regierung sind.»

Dissler nimmt damit Bezug auf die grünliberale Kandidatur. Claudia Huser holte am 14. Mai im zweiten Wahlgang 39 674 Stimmen. Gewählt wurden aber nur Armin Hartmann (SVP) und Ylfete Fanaj (SP).

Sebastian Dissler weist darauf hin, dass auch Parteien, welche in der Regierung vertreten sind, im Parlament eine Oppositionsrolle einnehmen können. «Sicherlich wird die SP auch in Zukunft das Handeln der Regierung kritisch verfolgen.» Von der neuen SP-Regierungsrätin Ylfete Fanaj war trotz mehrerer Anfragen keine Auskunft erhältlich.

SP Uri: «Mitregieren heisst mitentscheiden»

In den vergangenen Jahren war der Kanton Uri der einzige Kanton in der Zentralschweiz, in welchem die Linke in der kantonalen Regierung vertreten war. Frage deshalb an Thomas Huwyler von der SP Uri: Wie beurteilt man bei der SP Uri die praktische Bedeutung eines Regierungsratssitzes? Thomas Huwyler schreibt dazu: «Mitregieren heisst mitentscheiden. Man kann auch sagen, je mehr unterschiedliche Sichtweisen in den Regierungen diskutiert werden, je ausgeglichener gestalten sich Lösungen.»

Deshalb sei es für die SP Uri als kleine Partei sehr wichtig, mit einer Person im Urner Regierungsrat vertreten zu sein. «Und deshalb wird die SP Uri im März 2024 bei den Erneuerungswahlen erneut mit Dimitri Moretti als Regierungsrat antreten.»

Leserbrief

Ist Abschaffung der Noten sinnvoll?

Ein Blick in die Luzerner Unternehmen mit Lehrlingen zeigt: Eine Schwäche der heutigen Schulabgänger/-abgängerinnen liegt darin, dass sie schnell frustriert sind. Sie können teils ungenügend mit Druck umgehen und scheuen deshalb Verantwortung. Sie flüchten sich gerne in Traumwelten. Viele haben ein recht egozentrisches Weltbild und erwarten, dass man ihnen in der Regel entgegenkommt. Eigenschaften, die eine erfolgreiche berufliche Laufbahn erschweren können. Entsprechend müssen sie von den Lehrmeistern/-innen abgefertigt und korrigiert werden. Nun diskutiert man über das Abschaffen der Noten in der Volksschule. Hilft dies den Kindern im Hinblick auf diese Schwächen? Wohl eher im Gegenteil. Denn mit dieser Massnahme würde sich die Schule noch weiter von der leistungsorientierten Berufswelt lösen. Das wiederum würde den Druck auf die Lehrbetriebe erhöhen. Sie bilden das Scharnier zwischen Schule und Arbeitswelt. Hier muss nachgeholt werden, was in der Schule verpasst wurde. Wenn sich die Schule zunehmend weigert, die Kinder auf unsere Leistungsgesellschaft vorzubereiten, so liegt diese Last noch stärker bei den Lehrbetrieben. Ist dies fair? Schon im alten Rom galt: Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir! Die Lehrbetriebe dürfen also erwarten, dass die Schüler gut auf die folgende Berufslehre vorbereitet sind – auch charakterlich. Hier gibt es aber bereits Defizite. Würde das Abschaffen von Noten diese nicht sogar noch verstärken?

Gaudenz Zemp, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern, FDP-Kantonsrat, Luzern

Vier mutmassliche Schwarzarbeiter verhaftet

Kriens Am Mittwochmorgen führte die Luzerner Polizei auf der Grossbaustelle Eichhof West eine unangekündigte Kontrolle durch, wie diese mitteilte. Es bestand der Verdacht auf illegale Schwarzarbeiter. Zu Beginn der Kontrolle hätten mehrere Arbeiter versucht sich zu verstecken oder zu flüchten, heisst es in der Mitteilung. Vier Kosovaren im Alter zwischen 22 und 44 Jahren wurden festgenommen. 89 Personen wurden kontrolliert. Laut Polizei waren die vier festgenommenen Personen für ein Subunternehmen tätig. Die Ermittlungen laufen. Die Kontrolle fand im Auftrag der Kantonalen Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA) von WAS wira Luzern statt. Auf dem Eichhof-Areal soll in den nächsten Jahren ein Wohn- und Begegnungsraum mit 270 Mietwohnungen entstehen. Im Mai war Grundsteinlegung. (sda/ben)

Auch das Geld ist für Parteien von Bedeutung

In der Zentralschweiz hatte in der Vergangenheit speziell die Zuger Alternative (ALG) wiederholt darauf hingewiesen, dass ein Regierungsmandat für kleinere Parteien auch aus finanziellen Gründen von Bedeutung sei. Dazu muss man wissen: Zwölf Jahre vertrat Manuela Weichelt-Picard die ALG in der Regierung. 2018 trat sie nicht mehr zu den Wahlen an; später wurde sie in den Nationalrat gewählt. Seither ist die

Linke in der Zuger Regierung nicht mehr vertreten. An den Wahlen 2022 scheiterte die linke Kandidatur von Tabea Zimmermann (ALG), welche auch von der SP unterstützt wurde. In einem Spendenaufruf wies die ALG in diesem Frühjahr darauf hin, dass der Ausschluss aus der Regierung für die Partei unter anderem auch bedeute, dass pro Legislatur 120 000 Franken in der Parteikasse fehlen würden. Sebastian Dissler, Parteisekretär

der Luzerner SP bestätigt, dass Mandatsträger jeweils einen Beitrag an die Parteikasse entrichten. Im Falle eines Regierungsratssitzes betrage diese Abgabe 5 Prozent des Regierungsgehaltes. Ein durchschnittliches Gehalt eines Regierungsmitglieds beträgt laut Auskunft des Kantons Luzern zirka 260 000 Franken. Die Abgabe an die Partei würde sich also jährlich auf 13 000 Franken belaufen. (cs)